



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/53 - 4.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Die Opfer sind deutsche Vertriebene	S. 1
Deutsche Offiziere in König Faruks Diensten	S. 3
Ordnung statt Chaos	S. 5

Vom Sonne-Plan zum Finanzbeitrag ?

Wie die Heimatvertriebenen Westdeutschlands überfahren wurden
Von Wenzel Jaksch

Vor Jahresfrist noch wurde von gewichtigen amerikanischen Experten festgestellt, daß die Bundesrepublik finanzielle Auslandshilfe braucht, um eine echte Eingliederung ihrer neun Millionen Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge durchzuführen. Der Sonne-Plan sah neben ganz beträchtlichen Eigenleistungen der deutschen Wirtschaft eine Anleihe von 500 Millionen Dollar für diesen Zweck vor. Das steht auf Seite 68 der gedruckten Vorschläge, die Mr.Christian Sonne am 21.März 1951 dem Bundeskanzler überreicht hat. Auf Seite 72 desselben Dokuments wurde nochmals aufgeführt, daß ein sechsjähriger Eingliederungsplan für die Vertriebenen auch "aus ausländischen Quellen" finanziert werden sollte und zwar in der Höhe von 2,1 Milliarden DM.

Der Sonne-Plan firmierte als "Bericht der ECA Technical Assistance Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die Bundesrepublik". Er ist als ein amtliches Dokument, für den ein Zweig der Marshall-Plan-Verwaltung verantwortlich zeichnete. Ohne Zustimmung des State Department in Washington hätte ein so ehrenhafter und kenntnisreicher Mann, wie Mr.Christian Sonne, seinen Namen nicht für eine Expertise hergegeben, die als ein

Zeichen amerikanischen Verständnisses für die Opfer der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse gewertet wurde und die bei ihnen zwangsläufig Hoffnungen auf eine wirksame Inlands- und Auslandshilfe hervorgerufen mußte. Neben ihm verbürgten sich andere bedeutende Namen der amerikanischen Wissenschaft und der Gewerkschaftsbewegung für die Ernsthaftigkeit der Untersuchung und für die Gründlichkeit der Vorschläge der Sonne-Kommission.

Das Gutachten der "Drei Weisen" über den finanziellen Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands hat nun die Vorschläge der Sonne-Kommission genau auf den Kopf gestellt, der Gedanke einer Auslandshilfe für die vertriebenen Deutschen ist damit begraben. Noch mehr: Nicht einmal die Leistungen der deutschen Wirtschaft für die Eingliederung der Flüchtlinge werden als Beitrag zur europäischen Verteidigung anerkannt. (Daß man gütigst einige hunderttausend Mark der Kosten für die Flüchtlingsdurchgangslager anrechnen will, fügt zum Schaden noch den Spott hinzu). Übrig bleibt noch die tröstliche Versicherung des Herrn Bundestagsabgeordneten Kunze, "daß vor allem die finanzielle Aufbringung der Mittel für den Lastenausgleich durch den Wehrbeitrag nicht behindert werden dürfe". Ein frommer Wunsch, fürwahr. Wenn "bloß" 10,2 Milliarden pro Jahr zu leisten wären, wie die Bundesregierung behauptet, so möchten wir den Zauberer kennen, der aus den leeren Töpfen der deutschen Leistungskraft noch weitere Milliarden zur Vorfinanzierung des Lastenausgleichs herausholen kann. Es werden aber 12,4 Milliarden im Jahr zu leisten sein.

Die Sonne-Kommission hat sich immerhin ein Jahr in Westdeutschland ungetan. Ihre Vorschläge beruhten auf dem denkbar gründlichsten Detailstudium und auf einer tiefeschürfenden Analyse der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft. Man soll uns also nicht weismachen wollen, die "Drei Weisen" hätten von Paris aus in einigen Wochen die deutsche Flüchtlingsnot besser erfaßt. Es war eine durch nackten Egoismus gesteuerte Weisheit, welche aus hilfsbedürftigen Habenichtsen im Handumdrehen tributpflichtige Deutsche machte, eine "Weisheit", würdig eines Monnet, aber unwürdig der intellektuellen und politischen Reputation eines Mr. Harriman. Mag sein, daß der Sonne-Plan bereits in Washington aus der Umgebung Mr. McCloy's torpediert worden war, ehe ihn Mr. Harriman zu Gesicht bekam. Trotzdem bleibt jener "Bericht der ECA Technical Assistance Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Bundesrepublik" eine ungelöste Zusage maßgebender amerikanischer Stellen, von der sich das State Department niemals wird erfolgreich distanzieren können. Die Bundesregierung wird vor den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen noch zu verantworten haben, warum sie bei dem Kampf um die Höhe der finanziellen Verteidigungslasten nicht mit den Vorschlägen der Sonne-Kommission operiert hat, ja warum sie den Sonne-Plan nicht einmal vor der deutschen Öffentlichkeit zur Diskussion stellte. Im Augenblick sind aber zwei Fragen wichtiger:

1. Haben sich die offiziellen Stellen in Washington und London an dem weiteren Schicksal der deutschen Flüchtlingsmassen desinteressiert?

2. Hat man in London und Washington genügend überlegt, welche Konsequenzen ein solches Desinteressement für die weitere Entwicklung in Westdeutschland haben wird?

Keine deutschen Landsknechte - nirgends !

Ein gelegentlicher Mitarbeiter schreibt uns:

Die Regierung Adenauer bemüht sich, auch in Fragen zweiter Ordnung die Regierung der versäumten Gelegenheiten zu sein. "Mit Bedauern", so liest man, hat der Außenminister die bewegliche Klage des englischen Hochkommissars über das Engagement früherer deutscher Offiziere durch die ägyptische Regierung zur Kenntnis genommen. Das war alles. Man bedauerte, zuckte die Achseln und versäumte eine gute Gelegenheit, das heuchlerische Spiel, das die Kolonialmächte seit Kriegsende mit deutschem Landsknechtum getrieben, vor der Weltöffentlichkeit bloßzustellen und aufzuzeigen, daß hier ein internationales Problem seiner Lösung harret. Die Antwort auf die Vorstellungen des englischen Hochkommissars hätte nur lauten dürfen: "Die deutsche Regierung ist gern bereit, mit allen Mächten ein internationales Abkommen zu schließen, das den Dienst Deutscher in ausländischen Heeren verbietet". Diese Antwort hätte dem deutschen Interesse und nicht zuletzt dem deutschen Ansehen in der Welt entsprochen.

Man muß, an die ausländische Adresse gerichtet, feststellen: Solange Frankreich z.B. sich erlaubt, deutsche Jungen ohne reifes Urteil für die Fremdenlegion zu kapern, kann man den arabischen (und südamerikanischen) Staaten nicht verbieten, 40- bis 50jährige ehemalige deutsche Generalstähler, die wissen sollten, was sie tun, für ihre Heere zu engagieren. Das deutsche Außenministerium müßte das deutsche Landsknechtum als ein geschlossenes Problem aufgreifen.

Das deutsche Ansehen im Ausland und das deutsche Verhältnis zu anderen Staaten wird nicht nur durch das Wirken einiger Instruktionsoffiziere gestört, sondern um vieles mehr durch die Tatsache, daß Deutsche in den erbarmungslosen Kämpfen gegen Völker, die in erster Linie ihre Selbständigkeit (mit oder ohne Kommunismus) anstreben, eingesetzt werden. Die Wochenzeitung der deutschen Gewerkschaften, "Welt der Arbeit", und andere deutsche und holländische Blätter brachten gut belegte Augenzeugenberichte, aus denen hervorgeht, daß sich die Kampfweise in Indochina in nichts von der der

SS und des SD oder der Russenbanden bei der Besetzung Ostdeutschlands unterscheidet. Ohrenabschneiden und andere Gefangenverstümmelungen, Vergewaltigungen, Niederbrennen ganzer Dörfer, Kindermorde sind auf beiden Seiten üblich. Nicht der Offizierstab, der hinter den Brutalitäten der Legionäre steht, sondern diese selbst und damit die Nation, der sie angehören, bleiben in der Erinnerung der betroffenen Völker haften. Als in Tunis ein Proteststurm gegen die Gewaltmethoden der französischen Behörden bei der "Befriedungsaktion" ausbrach, beeilte sich die französische Presse, die französische Gendarmerie als Engel darzustellen und die eingesetzten "ehemaligen Rommelkämpfer" der Fremdenlegion für die begangenen Brutalitäten verantwortlich zu machen.

Das neue Deutschland hat keine Veranlassung, sich in Kolonialkämpfe irgendwie verwickeln zu lassen. Es hat vielmehr allen Grund, sich einen guten Ruf bei den neuen Nationen, die aus ihnen früher oder später entstehen werden, zu sichern. Aber einem Staat die Minuziehung deutscher Berufssoldaten zu verbieten, dem andern sie aber zu gestatten, macht Deutschland zum Parteigänger. Soll deutscher Dienst in fremden Heeren verboten werden, muß es für alle Heere und für alle Soldatengrade geschehen.

+ + +
Das stählerne Herz der CSR

(sp) Im Zuge der Verwirklichung des sowjetischen Wirtschaftsplanes in den Satellitenstaaten wurde im Ostrau-Karwiner-Steinkohlenrevier in der Tschechoslowakei das neue Hüttenkombinat "Klement Gottwald" seiner Bestimmung übergeben. Dieses Gebiet, welches das wirtschaftliche Rückgrat der Tschechoslowakei darstellt, trägt nun die Bezeichnung "Stählernes Herz der Republik". Seit Monaten werden die bei der Durchkämmung des Verwaltungsapparates aus ihren Stellungen entfernten rund 78000 Personen zu einem Großteil als Hilfsarbeiter in das Ostrauer Revier zwangsverpflichtet. Dort arbeiten sie neben enteigneten Landwirten, "freiwilligen" Brigadearbeitern, Studenten und aus dem Handelsgewerbe und den Büros entfernten Frauen und Mädchen, die in eigenen Schnellkursen auf Bauarbeiten umgeschult werden. Für die Stadt Mährisch-Ostrau wurde ein Aufbauplan aufgestellt, der in zwölf Jahren erfüllt sein und die Wohnungskapazität auf 350000 Einwohner steigern soll.

+ + +

Ordnung statt Chaos

P.R. Noch immer ringt man in Frankreich um das Zustandekommen der 15. Nachkriegsregierung. Pläne werden erörtert, wie man durch eine Verfassungsänderung künftigen Regierungen größere Festigkeit geben könnte. Das, was sich an Unsicherheit und Unberechenbarkeit im französischen Parlament und in seinem Verhältnis zur Regierung in der letzten Zeit abgespielt hat, ist selbst den abgebrühtesten Krisenexperten zu viel geworden.

Es gibt viele Gründe für diese extreme politische Labilität. Einer davon ist die in Deutschland so gerne lobend erwähnte weitgehende Entscheidungsfreiheit des einzelnen Abgeordneten bei Abstimmungen im Plenum, seine, so sagt man, "Unabhängigkeit vom Parteiapparat". In der Sitzung, die über das Schicksal der Regierung Faure entschied, stimmten 29 Abgeordnete aus der eigenen Fraktion des Ministerpräsidenten gegen ihn. Sie gaben zwar nicht den Ausschlag, aber an dem Punkt wurde doch die ganze Fragwürdigkeit einer allzu individualistischen Praxis sichtbar.

Gewiß - die Degradierung eines Abgeordneten zu einem willenlosen Teilchen in der Partei- oder Fraktionsmaschinerie ist abzulehnen. Und es sollte vor allem in eigentlichen Gewissensfragen eine Stimmabgabe auch gegen die Haltung der überwiegenden Mehrheit einer Fraktion selbstverständlich möglich sein. Auch generell ist in der Handhabung der Abstimmungspraxis eine gewisse Elastizität sicher besser als absolute Starrheit. Niemand aber wird gerade auch im Hinblick auf den Anschauungsunterricht in der Französischen Nationalversammlung verkennen, daß dieses elastische Prinzip nur allzu leicht übertrieben wird, daß es dann mit allergrößten Gefahren weniger für die einzelne Partei, als für das Funktionieren des parlamentarischen Betriebes schlechthin verbunden ist.

Der Grundsatz ist gut und bewährt: Sorgfältige offene Aussprache im Kreis der politischen Freunde, interne Beschlußfassung und, soweit es irgend möglich ist, einheitliche Stimmabgabe vor der Öffentlichkeit. Vielen unerfreulichen Überraschungen wird so vorgebeugt. Dieses Verfahren hat auch nichts mit einem "Herdedasein" der Abgeordneten oder ähnlichen Schlagworten zu tun. Es ist nichts anderes, als die im Interesse einer Gemeinschaft Gleichgesinnter auf sich genommene Selbstbeschränkung des Einzelnen. Die gegenteilige Methode aber führt zu einer absoluten Unberechenbarkeit politischer Situationen, in der Folge vielleicht sogar zu politischem Chaos. Daran kann niemandem gelegen sein, der ein Funktionieren des demokratischen Parlamentarismus wünscht.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau